Freie Wohlfahrtspflege
Landesarbeitsgemeinschaft Bayern

Positionspapier zur aktuellen Situation der Finanzierung der psychosozialen Beratungsstellen und Projekte im Bereich HIV in Bayern

[Dezember 2026]

GEMEINSAM HANDELN, UM PRÄVENTION, BERATUNG UND BEGLEITUNG IN BAYERN ZU SICHERN.

Die psychosozialen Beratungsstellen und Projekte: Prävention, Beratung und Begleitung seit über 40 Jahren

Die psychosozialen Beratungsstellen und Projekte leisten seit über vier Jahrzehnten einen wichtigen Beitrag zur Gesundheitsvorsorge und übernehmen angesichts steigender Bedarfe zentrale Aufgaben der Prävention, Beratung und psychosozialen Begleitung. Sie leisten niedrigschwellige Arbeit von Aufklärung über Testung und Beratung bis zur psychosozialen Begleitung. Durch Präventionsarbeit an Schulen, bei Schlüsselgruppen und in der Öffentlichkeit, niedrigschwellige Testangebote, Beratung, Streetwork sowie psychosoziale Begleitung von Menschen mit HIV, Hepatitis und mit weiteren Anliegen im Bereich der sexuellen Gesundheit stärken sie Gesundheitskompetenz, Eigenverantwortung und verhindern gesundheitliche sowie volkswirtschaftliche Folgekosten. Durch ihre akzeptierenden Angebote erreichen sie Zielgruppen, die von bestehenden Angebo- ten der Gesundheitsversorgung häufig nur schwer erreicht werden. In städtischen, aber auch in ländlichen Räumen schließen sie Versorgungslücken.

Historisch gewachsen vernetzen die psychosozialen Beratungsstellen und Projekte Hilfesysteme und beraten und begleiten Menschen mit HIV und Aids – Menschen, die auch heute noch Diskriminierung und Stigmatisierung erfahren.

Die aktuellen Entwicklungen verdeutlichen den Bedarf: Europa meldet Höchststände bei Gonorrhö- und Syphilis-Infektionen und auch das RKI meldete für das Jahr 2024 gestiegene HIV-Infektionszahlen, nicht nur im Bereich MSM. Auch in Deutschland und Bayern bleibt Prävention daher zentral.

Die aktuellen Kürzungen gefährden Einrichtungen und stehen im Widerspruch zum Masterplan Prävention

Trotz unbestrittener Relevanz geraten die Träger durch nicht kostendeckende Personal- und Sachkostenfinanzierung unter erheblichen Druck. Bereits 2026 wirkten Kürzungen strukturgefährdend; zusätzliche Einschnitte bei Sachkosten verschärfen die Lage weiter. Viele Träger kompensieren seit Jahren durch Eigenmittel, Kommunen, Kirchen, Wohlfahrtsverbände und Spenden – die Spielräume sind ausgeschöpft.

Die Folgen werden konkret spürbar:

- Einschränkungen bei Präventionsangeboten und Angeboten in
- Schulen geringere niedrigschwellige Test- und Beratungsangebote
- weniger Streetwork und aufsuchende Arbeit
- eingeschränkte psychosoziale Begleitung
- besondere Risiken für die Versorgung von Menschen im ländlichen Raum

Die Verbände weisen seit der Novellierung der Förderrichtlinie AIDS vom Januar 2026 auf ihre strukturgefährdende Wirkung hin. Die wiederholt und substanziell vorgetragenen Einschätzungen der Verbände sind mit der nun trägerseitig beschlossenen Schließung der psychosozialen Beratungsstelle Oberfranken nicht mehr länger nur hypothetisch.
Der bayerische Masterplan Prävention betont die Bedeutung von Prävention, Gesundheitsförderung und Antidiskriminierung. Die Umsetzung dieser Ziele setzt leistungsfähige psychosoziale Beratungsstellen und Projekte voraus, die seit Jahrzehnten mit ihrer fachlichen Expertise und ihrer Community-Nähe einen zentralen Beitrag leisten.

Deshalb sind jetzt folgende Schritte erforderlich:

- Eine verlässliche, planungssichere und bedarfsorientierte Regelfinanzierung.
- Rücknahme der Sachkostenkürzungen zum 01.01.2027
- verlässliche, planungssichere Finanzierung der bestehenden psychosozialen Beratungs- stellen und Projekte
- gemeinsame, bedarfsorientierte Planung mit Städten, Kommunen und Regionen auf Grundlage fachlich definierter Kriterien
- Erhalt und Weiterentwicklung der bewährten psychosozialen Beratungsstellen und Pro- jekte im Rahmen einer abgestimmten Landes- und Regionalstrategie

Wer heute an Prävention, Beratung und psychosozialer Begleitung spart, zahlt morgen einen hohen gesundheitlichen, sozialen und finanziellen Preis. Deshalb appellieren wir an die Bayerische Staatsregierung, den Bayerischen Landtag und alle verantwortlichen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger, jetzt gemeinsam Verantwortung zu übernehmen und die nachhaltige Finanzierung der psychosozialen Beratungsstellen und Projekte im Bereich HIV dauerhaft zu sichern – für die Gesundheit aller Menschen in Bayern.

Freie Wohlfahrtspflege Bayern, Teilbereich Aids/HIV

Psychosoziale Beratungsstellen und Projekte in Bayern